

Paderborner Volksblatt

für Stadt und Land.

Nro. 25.

Paderborn, 26. Februar

1849

Das Paderborner Volksblatt erscheint vorläufig wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Samstag. Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt 10 Sgr., wozu für Auswärtige noch der Postauschlag von 2½ Sgr. hinzukommt. Anzeigen jeder Art finden Aufnahme, und wird die gespaltene Garmond-Zeile oder deren Raum mit 1 Sgr. berechnet. Bestellungen auf das Paderborner Volksblatt werden noch fortwährend angenommen und die früher erschienenen Nummern vollständig nachgeliefert. Auswärtige wollen bei der nächstgelegenen Postanstalt ihre Bestellungen machen, damit die Zusendung sofort erfolgen kann.

Uebersicht.

Bericht der politischen Commission des Bürgervereins u.

Deutschland. Berlin (Amtliches; das Ministerium dankt nicht ab; die Thronrede; die Nachwahlen; verschärfte Maßregeln gegen Fremde; Verpflichtung zur Beschäftigung der Arbeiter); Frankfurt (§§ 3. u. 4. des Wahlgesetzes angenommen); Magdeburg (die Meister-Deputirten); Stettin (Österreich soll Kriegsschiffe angekauft haben); Posen (Mikolajewsky); Leipzig (Erbitterung der Slaven); Wien (die Östreicher in Toscana und den Kirchenstaat eingedrückt; vom Kriegsschauplatz in Ungarn).

Frankreich. Paris (Heerschau; der Marschall Bugeaud).

Italien. Florenz (über die Flucht des Großherzogs; Dekrete der provisorischen Regierung); Rom (die constituirende Versammlung; viele Truppen desertiren nach Gaeta).

Bericht der politischen Commission des Bürgervereins

über die Verfassungs-Urkunde vom 5. December 1848.

(Schluß.)

Ist nun die Staatsverfassung eine monarchische, und soll sie dies bleiben, so können die gesetzlichen Rechte des Fürsten wie bereits vorerwähnt ist, nicht bestimmt werden, durch Berufung auf eine gar nicht vorhandene Volkssouveränität. Sie können sich nur bestimmen nach Herkommen, Recht, und nach dem inneren Begriffe, welcher dem Fürsten wesentlich ist. Republikanisch ist die Verfassung des souverainen Staates, wenn Einzelne aus dem Volke, sei es durch Geburt oder Wahl, für längere oder kürzere Zeit den innern und äußern Gang der Staatsmaschine regeln. Gelenkt wird der Staat überall durch Beamte, durch Diener des Staats. Der erste Beamte ist eben auch nichts als Beamter, auch er hat nur einen Dienst, und ist keine Gewalt. Dadurch daß ein Beamter auf hohen Stand gestellt, oder auf einen mit Sammet überzogenen Stuhl gesetzt, dadurch daß ihm diese oder jene sonst königliche Verrichtung auferlegt wird, wird der Mann kein Fürst. Auf so mechanischem Wege erlangt man keinen Fürsten. Der noch so bevorrechtete Beamte steht im Dienste. Er ist nicht der königliche Adler, der, seinem eigenen inneren Wesen nach, also ungeheißten, hoch oben in den Lüften schwebt, dort verweilt, weil er eben ein Adler ist, und weil es seine Natur ist, in der Höhe zu verweilen. Auch der mit der Lederkappe gebeugten Hauptes, auf der Faust des Edelskränleins, und heiße es auch Borussia, an güldener Kette sitzende Falke, ersteigt wohl nach der Pfeife seiner Gebieterin die Höhe, aber trotz seines hohen Fluges ist er kein königlicher Vogel, er dient nicht minder wie der Stier am Pfluge!

Ein Fürst läßt sich nicht abrichten.

Das Wesentliche des konstitutionell monarchischen Staats im Gegensatz zur konstitutionellen Republik ist nun, daß nicht bloß erwählte Vertreter des Volkes, sondern auch ein geborner Vertreter desselben, sein Fürst, zur Regelung des souveränen

Staates berufen ist. Der Fürst regelt also im Namen und zum Besten des Volkes den Staat, und ist nicht bloß ein Beamter welcher den Staat lenket. Er ist eine Staatsgewalt, eine Macht, er hat nicht bloß ein, wenn auch erbliches Amt, wie der Reichspostmeister v. Thurn und Taxis, er hat eine selbsteigene durch den Begriff der monarchischen Verfassung des souveränen Staates, ohne weiteres gegebene Gewalt. Ja, sagen hier die Republikaner, mit euerm Naturprodukte, mit euerm gebornen Vertreter des Volkes sieht es oft miserabel genug aus, oft sitzt ihm der Wurm im Herzen! Das kann die Anhänger der Monarchie nicht in Verlegenheit setzen. Diese könnten auch sagen: Und Eure Treibhausprodukte, eure erwählten Vertreter des Volkes machen sich oft erbärmlich genug, und so elend, daß sich die Mehrheit des Volkes ihrer schämt. Mit Eurer Vertretung beherrscht die Minderheit nur zu oft die Mehrheit, und wenn nun Eurer souveränen Kammer der Wurm im Herzen sitzt, wie geht es Euch da? Der König, wenn er auch nicht superklug ist, wenn er auch kränkelt, ja wenn er auch ein Weib ist, wie Victoria, kann sehr tüchtige, kerngesunde Minister haben, die kräftiger sind als Euch lieb ist. Die königliche Gewalt ist nicht der König. — Wer aber sich zu dieser Gewalt bekennt und dieselbe doch absichtlich in begriffswidriger Weise schwächt, oder dies aus Unwissenheit absichtlich thut, gefährdet sofort die Existenz derselben, und dadurch die ganze Verfassung des Staates — er vorbereitet die Republik. Auch die Natur tödtet, abgesehen vom Orkane, durch allmähliche Abschwächung!

Jetzt ist nur noch zusammen zu fassen was vorausgegangen.

Die Volkssouveränität existirt nicht. Die Staatsouveränität obwaltet in der Republik wie in der Monarchie. Aus diesem Begriffe läßt sich also über die Berechtigung des Fürsten nichts herleiten. Die Volksvertreter repräsentiren zeitweilige Majoritäten des Volkes. Der Fürst ist berufen, der vernunftgemäße Vertreter der Minoritäten zu sein. Er soll der Fürst aller Staatsangehörigen sein. Wer keine Gewalt im Staate ist, aber an der Lenkung des Staates Theil nimmt, ist Beamter, er hat bloß übertragene, keine eigene Gewalt. Deshalb ist er auch nothwendig verantwortlich. Der Fürst ist eine Staatsgewalt, er hat daher keine übertragene, sondern eine eigene Gewalt. Deshalb ist er auch nothwendig unverantwortlich. Eine verantwortliche Gewalt ist überhaupt ein hölzernes Eisen. Eine schwächere Gewalt neben stärkeren Gewalten ist keine Gewalt, denn was einem andern untergeordnet ist, ist keine Gewalt, nicht souverän. Der Fürst und die Kammern, als die Alleinigen Träger der souveränen Staatsgewalt, müssen also gleich berechtigt und gleich unverantwortlich dastehen. Gilt bei der Gesetzgebung das Ja oder Nein des Einen, in irgend einem Falle mehr als das Ja oder Nein des Andern, so ist Ungleichheit und Schwäche da, mithin der Begriff der Gewalt, für den Schwächeren beseitigt. Da ist es ehe-